

DAe der öffentlichen GR-Sitzung vom 17.10.2019

Fraktion	Betreff des DAes
ÖVP	Neuordnung und Ausbau des SchulärztInnen-Systems in unseren Schulen <i>Dringlichkeit und Antrag einstimmig angenommen</i>
ÖVP	Müllproblem in Gösting - ein Gesundheitsrisiko <i>Dringlichkeit abgelehnt (gegen 1 Mandatar)</i>
KPÖ	Möbellager <i>Dringlichkeit abgelehnt (gegen KPÖ)</i>
FPÖ	Anti-Stau-Gipfel <i>Dringlichkeit und Antrag mit Mehrheit ANGENOMMEN (gegen Grüne)</i>
SPÖ	Erstellung eines Verkehrskonzepts im Stadionbereich Liebenau <i>Dringlichkeit einstimmig angenommen, Antrag mit Mehrheit abgelehnt (gegen SPÖ, Grüne)</i>
Grüne	Graz macht´s vor: Klimawandelanpassung trifft auf optimierte Raumordnungsinstrumente <i>Dringlichkeit abgelehnt (gegen Grüne, KPÖ, SPÖ, Neos)</i>
Grüne	Fahrradoffensive für Graz <i>Dringlichkeit abgelehnt (gegen Grüne, SPÖ, Neos)</i>
SPÖ	Verbot von A-Werbeständern an Wahltagen vor Wahllokalen <i>Dringlichkeit abgelehnt (gegen Grüne, KPÖ, SPÖ, Neos)</i>
Neos	Smart-Parking - Reduzierung des Parkplatz-Suchverkehrs <i>Dringlichkeit abgelehnt (gegen Grüne, Neos)</i>

GR Univ. Prof. Dr. Daisy KOPERA, MBA

17. Oktober 2019

Dringlicher Antrag

Betreff: Neuordnung und Ausbau des SchulärztInnen-Systems in unseren Schulen

Am 29.8. erging die Pressemeldung: „Gemeindebund will Schulärzte in derzeitiger Form abschaffen“.

Diese Nachricht hat nicht nur Eltern und Pädagoginnen verstört, sondern ist aus Sicht einer Medizinerin mehr als bedenklich. Denn wenn man Kinder nicht in medizinischer Obhut durch die SchulärztInnen weiß, dann können vermeidbare Gesundheitsschäden nicht rechtzeitig erkannt werden und im weiteren Leben zu Leid für die Betroffenen führen zudem auch zu unschätzbaren Mehrkosten für die Allgemeinheit.

Im Gegenteil, man sollte das SchulärztInnensystem ausweiten (!) und wie vom Ministerium bereits angedacht, sollten Schulärzte explizit auch für Schutzimpfungen, Gesundheitsförderung und Dokumentation von Gesundheitsdaten zuständig werden.

Wenn nun diese Ausweitung steigende Aufwendungen erfordert, dann muss die Politik eine Neuordnung der Finanzierung fordern und zwar sinnvollerweise die Kostenübernahme des gesamten SchulärztInnensystems durch die gesetzlich-verpflichtende Krankenversicherung. Das sollte in weiser Voraussicht genau in deren ureigenem Interesse erfolgen, denn Vorsorge spart Nachfolgekosten, gerade im Gesundheitssystem.

Daher stelle ich im Namen des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

Dringlichen Antrag:

Der Gemeinderat möge auf dem Petitionsweg das Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz (BMASGK) auffordern, das aktuelle Modell der Schulgesundheit unter Einbindung der Systempartner im Sinne des Vorschlages der Länder, des Bundes und des Städtebundes schrittweise weiterzuentwickeln, dies z.B. gemäß dem neuen Organisationsmodell der Schulen auf Clusterebene.

In diesem Zusammenhang sind vor allem auch die Finanzierungsfragen zu klären. Die Vorlage eines umsetzungsfähigen Konzepts sollte bis Sommer 2020 erfolgen.

GR Dr. Philipp HOFER

17.10.2019

Dringlicher A N T R A G

Betr.: Müllproblem in Gösting - ein Gesundheitsrisiko

Bereits seit mehr als eineinhalb Jahren lagert auf einem Anwesen in der Augasse in Gösting Müll, der nicht nur optisch und des üblen Geruchs wegen ein Schandfleck ist; die nicht ordnungsgemäße Müllablagerung auf diesem Grundstück wird auch aus hygienischer und gesundheitlicher Sicht immer bedenklicher.

Da sich der Müll auf Privatgrund befindet, kann die grundsätzlich für die Entsorgung zuständige Holding Graz ihrer Arbeit nicht nachkommen. Mehrfache Interventionen des Göstinger Bezirksvorsteher brachten auch keine Lösung, da erst die Entsorgung durch ein Privatunternehmen veranlasst werden kann, wenn der Grundeigentümer, der zudem nicht in Graz wohnt, die Kosten dafür bezahlt hat. Allenfalls muss vorher der Rechtsweg beschritten werden.

In den vergangenen Wochen und Monaten hat sich das Müllproblem beim Haus Augasse 60 weiter verstärkt, es besteht Gefahr in Verzug, da die Müllmenge wächst, der Müll teilweise verrottet und Anrainer inzwischen auch regelmäßig Ratten sichten, die bekanntlich als Krankheitsüberträger gelten.

Deshalb stelle ich im Namen des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

Dringlichen Antrag:

Der für Gesundheit und Hygiene zuständige Stadtrat, Mag. Robert Krotzer, wird aufgefordert, zur Hintanhaltung der aufgrund des Mülls angelockten Ratten und einer damit möglichen Übertragung und Verbreitung von Krankheitserregern unverzüglich eine Lösung dieses Problems mit der Mag.Abt. 7-Gesundheitsamt beim Objekt Augasse 60 in Gösting zu veranlassen.



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150
+ 43 (0) 316 – 872 2151
+ 43 (0) 316 – 872 2152
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderätin Mag.a Uli Taberhofer

Donnerstag, 17. Oktober 2019

Antrag zur dringlichen Behandlung
(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)

Betrifft: Möbellager

Das Sozialamt der Stadt Graz bietet in einem eigenen Lager kostenlos Möbel für Bedürftige an und holt diese auch gratis ab. Wer alte oder einfach nicht mehr gewünschte und nicht mehr benötigte Möbel sinnvoll verschenken möchte, konnte diese bisher an das 1.000 m² große Möbellager der Stadt Graz in der Alten Poststraße spenden. Diese Möbel wurden bisher nach Bedarf an sozial bedürftige Grazerinnen und Grazer, wie z.B. SozialCard-BesitzerInnen, MindestsicherungsbezieherInnen oder MindestpensionistInnen, vergeben. Derzeit besteht jedoch Unsicherheit darüber, ob der Fortbestand dieser wichtigen Einrichtung an diesem oder auch an einem anderen Standort weiterhin gesichert ist.

Das Möbellager in seiner derzeitigen Konzeption trägt einerseits dazu bei, dass Personen und Familien in wirtschaftlichen Schwierigkeiten und Krisensituationen unkompliziert und rasch mit dringend benötigten Möbelstücken versorgt werden können, und es entspricht darüber hinaus dem Prinzip der Nachhaltigkeit, weil gebrauchte, aber nicht mehr benötigte Möbel einem guten Zweck zugeführt und wiederverwertet werden, anstatt im Müll zu landen.

Das Projekt wird daher von vielen BürgerInnen befürwortet und unterstützt.

Es wäre sogar sinnvoll, die bestehenden Lagerkapazitäten auszubauen, denn immer wieder kommt es vor, dass Menschen aufgrund von Delogierungen ihren gesamten Hausrat verlieren, weil sie keine Möglichkeit haben, ihr Hab und Gut vorübergehend kostenlos zu deponieren, bis sie wieder ein eigenes Dach über dem Kopf haben.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag zur dringlichen Behandlung
(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)

Der zuständige Stadtrat Hohensinner sowie die zuständigen Stellen beim Sozialamt beschäftigen sich mit der Frage, ob bzw. wie der Bestand des Möbellagers sowie die bedarfsorientierte Abgabe von Möbeln an sozial bedürftige Menschen weiterhin zu den bisherigen Konditionen fortgeführt werden können.

Darüber hinaus soll geprüft werden, ob das Möbellager im Sinne des Motivenberichtes (Schaffung von Möglichkeiten für Delogierte, ihren Hausrat vorübergehend zwischenzulagern) ausgebaut werden kann.

Das Ergebnis der Überlegungen und Prüfungen wird dem Gemeinderat in einer der nächsten Sitzungen zur Kenntnis gebracht und soll auch als Basis für mögliche weitere Schritte angesehen werden.

Klubobmann Mag. Armin Sippel, MPA
Dringlicher Antrag

An den
Gemeinderat der
Landeshauptstadt Graz

Graz, am 16.10.2019

Betreff: Anti-Stau-Gipfel
Dringlicher Antrag

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Am 3. Oktober 2019 standen zahlreiche Grazer im gesamten Stadtgebiet bis zu zwei Stunden im Stau. Anlass war das Europaleague-Heimspiel des WAC gegen den AS Rom. Aufgrund des Kunstprojekts „For Forest“, bei dem 299 Bäume als Mahnmal für den Klimawandel in das Wörthersee-Stadion – der ursprünglich geplante Austragungsort der WAC-Heimspiele – gestellt wurden, hat man die Heimspiele der Wolfsberger bereits im Juni des Jahres in die Grazer Merkur-Arena verlegt. Zum Spiel gegen den AS Rom reisten allein rund 30 Fanbusse aus Kärnten an. Um die Busse unterzubringen, wurde die Liebenauer Tangente in beide Richtungen gesperrt, sodass in Graz ein Megastau ausbrach. Die Sperre der Liebenauer Tangente bedeutete einen Verkehrsinfarkt über mehrere Stunden für das gesamte Grazer Stadtgebiet. Hunderte Menschen saßen am Heimweg nach der Arbeit in ihren Autos fest.

Zweifelsfrei sind gravierende Fehler bei Planung und Koordination geschehen, ansonsten wäre es nicht erklärbar, wie ein seit geraumer Zeit geplantes Fußballspiel eine ganze Stadt derart lahmlegen kann. Auch zum Spiel am 7. November dürfen wieder zahlreiche Fanbusse erwartet werden. Die Tatsache, dass es sich bei diesem Spieltag wieder um einen Donnerstag handelt, sollte Anlass sein, dieses Mal sorgfältiger und vorausschauender zu planen, als es im Ergebnis am 3. Oktober zu sehen war.

Das nächste Stau-Chaos brach bereits eine Woche später, am Wochenende des 11. bis 13. Oktober 2019, rund um den Graz-Marathon, aus. Die Veranstaltung endete bereits Sonntagnachmittag, doch blieben Straßensperren teilweise bis Dienstag bestehen, sodass gesamte Straßenzüge nicht befahrbar waren.

Generell reicht ein Blick auf die Einfahrtsstraßen nach Graz in den Morgenstunden. Tagtäglich pendeln 90.000 Menschen in das Grazer Stadtgebiet. Wir freuen uns, dass Graz derart attraktiv ist und Menschen in die Stadt kommen, um zu arbeiten, doch fehlen hier seitens der zuständigen Verkehrsstadträtin Kahr klare Lösungen, um den Verkehr auch zu bewältigen. Verstopfte Straßen, Chaos und Verspätungen stehen bei den Menschen an der Tagesordnung.

Eine weitere und nicht nur punktuelle Herausforderung im Ressort von Verkehrsstadträtin Kahr wird es sein, ein vernünftiges Verkehrskonzept für den Zeitraum des Abrisses und des Neubaus der Tegetthoffbrücke zu erstellen. Bekanntlich ist ja eine Ersatzbrücke für den Kfz-Verkehr mangels Anschlussstellen am Ufer nicht realisierbar.

In Summe wird im Rahmen dieser Funktionsperiode also noch viel Arbeit auf die Grazer Verkehrsstadträtin und vor allem auf die Abteilung für Verkehrsplanung zukommen. Dabei sollte das Augenmerk aber auch darauf gelegt werden, weder wirtschaftsfeindliche, noch autofeindliche oder die Pendler belastende Maßnahmen zu setzen. Das heißt in diesem Zusammenhang konkret, dass eine City-Maut und autofreie Tage nicht die Lösung bringen werden. Gute Ideen sind also sehr gefragt.

Um für die Zukunft derartige Vorkommnisse, wie etwa jenes vom 3. Oktober verhindern zu können, ist es notwendig, sämtliche relevante Abteilungen, externe Experten sowie die Verkehrssprecher aller Fraktionen im Rahmen eines Anti-Stau-Gipfels an einen Tisch zu bringen. In diesem Rahmen sollen auch mutige Konzepte, wie beispielsweise eine von der Tageszeit abhängige Einbahnregelung etwa der Conrad-von-Hötzendorf-Straße im Zusammenspiel mit Münzgrabenstraße bzw. St. Peter-Hauptstraße, angedacht werden, die den Frühverkehr auf der CvH stadteinwärts und den Nachmittags- und Abendverkehr stadtauswärts führt.

Aus diesem Grund ergeht namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachfolgender

Dringlicher Antrag

gem. § 18 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Verkehrsstadträtin Elke Kahr wird ersucht, einen „Anti-Stau-Gipfel“ unter der Leitung der Abteilung für Verkehrsplanung einzuberufen, an dem alle relevanten Abteilungen, externe Experten sowie die Verkehrssprecher aller Fraktionen teilnehmen. In diesem Rahmen sollen denkmögliche Maßnahmen zur Optimierung des Verkehrsflusses erarbeitet und dem Gemeinderat bis spätestens März 2020 dargebracht werden. Die vorgelegten Konzepte sollten jedenfalls weder wirtschafts-, auto- noch pendlerfeindlich sein.

Betreff: Erstellung eines Verkehrskonzepts
im Stadionbereich Liebenau



A-8010 Graz-Rathaus
Telefon: (0316) 872-2120
Fax: (0316) 872-2129
email: spoe.klub@stadt.graz.at
www.graz.spoe.at
DVR: 0828157

DRINGLICHER ANTRAG

an den Gemeinderat
eingebracht von Herrn Gemeinderat Mag. (FH) Ewald Muhr, MSc
in der Sitzung des Gemeinderates
vom 17. Oktober 2019

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Am 4. Oktober 2019 bestritt der Wolfsberger AC sein erstes Heimspiel in der Europa-League in der Ausweichstätte Merkur-Arena in Graz-Liebenau. Angesichts der vielen positiven Effekte solcher internationaler Fußballspiele war die Freude, Austragungsort zu sein, groß – allerdings verursachte dieses Spiel ein Verkehrschaos, das hohe Wellen schlug und für größte Verärgerung sorgte. Erschwert wurde die Situation durch den Umstand, dass zeitgleich viele Besucherinnen und Besucher die Herbstmesse in nur einer geringen Entfernung zum Stadion besuchten.

Aber auch eklatante Fehler in der Kommunikation zwischen den Behörden, Veranstaltern und der Exekutive haben die Situation noch weiter verschärft.

Das Ausmaß der Ratlosigkeit der Exekutive aufgrund fehlender Informationen gipfelte in Folge darin, dass die Liebenauer Tangente zum Busparkplatz umfunktioniert wurde und somit für den restlichen Verkehr gesperrt werden musste.

Das Ergebnis ist hinlänglich bekannt: Chaos, Überforderung und planloses Handeln übernahmen die Regie und am Ende des Tages gab es keine Verantwortlichen für dieses Durcheinander. In den Medien tat die Messe Graz als Betreiber der Merkur Arena kund, dass die alleinige Verantwortung bei der Polizei läge, diese wiederum klagt über mangelhafte oder fehlende Informationen und meint, die Veranstalter und die Verkehrsplaner der Stadt Graz seien künftig auch gefordert. Und die politischen VerantwortungsträgerInnen verfielen in ein mehr oder weniger kollektives beredtes Schweigen.

Fakt nach diesem Verkehrsinfarkt ist, dass viele Umstände zu diesem Chaos geführt haben und die Schuld daran schlussendlich von keiner der involvierten Stellen übernommen wurde, sondern in diesem Fall der sprichwörtliche Ball hin und her geschoben wird. Was aber nicht der Problematik Lösung darstellen kann, vor allem nicht in Hinblick darauf, dass am 7. November und am 28. November die nächsten Heimspiele des WAC stattfinden und im Falle eines gar nicht unwahrscheinlichen Aufstiegs

des WAC Graz Austragungsort weiterer Heimspiele unserer Wolfsberger Freunde wäre. Somit ist es dringend an der Zeit, für die Situation rund um die Merkur-Arena Klarheit und Konzepte zu schaffen.

Diese Konzeptionen sollen nicht nur hinsichtlich verkehrsplanerischer Notwendigkeiten erstellt werden: Neben dieser Hardware ist die Software von mindestens ebenso großer Bedeutung. Soll heißen, auch die Kommunikation zwischen allen Beteiligten ist so zu strukturieren und zu regeln, dass Informationen über drastische oder überraschende Änderungen bzw. Abweichungen, die immer eintreten können, zeitgerecht alle involvierten Stellen erreichen, um damit geeignete Maßnahmen einleiten zu können, die auf die jeweils aktuellen Situationen abgestimmt sind.

Darüber hinaus ist es insgesamt dringend erforderlich, im Zuge verkehrsplanerischer Maßnahmen die Folgen und Auswirkungen der Veranstaltungs-Hot-Spots Merkur Arena, Eisstadion Liebenau, Ballsporthalle Hüttenbrennergasse und Messegelände in den entsprechenden Konzepten zu berücksichtigen, um für den Fall von Großveranstaltungen ein weiteres „unvorhergesehenes“ Verkehrschaos in Jakomini und Liebenau zu vermeiden, das primär zu Lasten und auf Kosten der BewohnerInnen der Bezirke Liebenau und Jakomini geht, in letzter Konsequenz aber auch dem Ruf der Stadt Graz als Veranstaltungsort von nationalen und internationalen Großevents nicht gerade förderlich ist.

Namens des SPÖ Gemeinderatsklubs stelle ich daher den

dringlichen Antrag:

Alle verantwortlichen Stellen des Hauses Graz werden gemäß Motivenbericht dringend ersucht, gemeinsam mit der Exekutive und Betreibern der im Motivenbericht genannten Veranstaltungsorte und unter Einbeziehung von VertreterInnen der Asfinag ein Verkehrs- und Kommunikationskonzept zu erstellen, um einerseits eine Entlastung für die betroffene Bevölkerung in Jakomini und Liebenau hinsichtlich der zusätzlichen Verkehrsbelastungen sicherzustellen und um andererseits geeignete Maßnahmen im Falle des Eintritts von unvorhergesehenen Einflussfaktoren nach entsprechender Kommunikation aller Beteiligten einleiten zu können.

Dem Gemeinderat ist bis zur November-Sitzung dieses Jahres ein entsprechendes Konzept vorzulegen.



Dringlicher Antrag der Grünen-ALG

eingbracht in der Gemeinderatssitzung vom 17. Oktober 2019

von

Klubobmann GR Karl Dreisiebner

Betrifft: Graz macht´s vor - Klimawandelanpassung trifft auf optimierte Raumordnungsinstrumente

„Die Veränderungen durch den Klimawandel (Temperaturerhöhung und Zunahme von Extremereignissen im Bereich Niederschlag und Temperatur) wirken auf den Bereich Raumordnung und Raumplanung“. Dieser Satz stammt aus dem vor knapp einem Jahr hier im Haus einstimmig beschlossenen Klimawandelanpassung in Graz – Aktionsplan 2022 (S. 13). Neben den Ausführungen zu den negativen Folgen des Klimawandels, wie die Zunahme von Hitzetagen und –nächten, von meteorologischen Extremereignissen und Hitzeinseleffekten im urbanen Raum werde folgende Empfehlungen formuliert:

- Bioklimatische Maßnahmen in Bebauungsplänen
- Reduzierung der Lebensraumzerschneidung und Aufrechterhaltung ökologischer Freiräume
- Bei der Stadt- und Freiraumplanung ist eine klimatologische Verbesserung miteinzubinden

Auch die Kapitel 2.5 Bauen und Wohnen, 2.6 Verkehrsinfrastruktur und Mobilität sowie 2.8 Schutz vor Naturgefahren und Katastrophenmanagement gehen in eine ähnliche Richtung.

Der Schluss, den wir daraus ziehen müssen, ist klar: **Die Stadt muss ihre Raumordnungsinstrumente - beginnend beim 4.0 Stadtentwicklungskonzept und im zweiten Schritt auch den Flächenwidmungsplan - einer kritischen Prüfung und wohl auch einer kräftigen Revision hinsichtlich des Klimaschutzes und der Klimawandelanpassung unterziehen.**

Eine solche Prüfung einer Revision des 4.0 Stadtentwicklungskonzepts soll bei nicht optimal eingebundenen Programmen, Leitlinien und Analysen beginnen. Exemplarisch seien hier die Erkenntnisse und Empfehlungen der Stadtklima-Analyse genannt. Eine Revision soll auch eine Aktualisierung der knapp zehn Jahre alten Grün- und Freiflächenbilanz beinhalten und sie soll Möglichkeiten prüfen, die Freiraumplanerischen Standards und das Grüne Netz stärker in die Verordnung einzubauen. Festlegungen zu heizungs- und kühlungstechnischen Verordnungen sind unseres Erachtens genauso zu prüfen, wie Festlegungen hinsichtlich Hochwasser- und Extremereignisszenarien. Am Ende wären auf Basis dieser und weiterer Verbesserungen der Verordnungsvorschriften im STEK wohl die derzeit festgelegten maximale Dichte-Obergrenzen in manchen Bereichen zu revidieren.

Nun werden manche hier im Saal vielleicht denken, dass eine große Zwischenrevision des Stadtentwicklungskonzeptes und in der Folge des Flächenwidmungsplans nicht vordringlich sei. Das vorliegende Instrument sei im Grunde ja vorbildlich, mehrheitlichen im Gemeinderat beschlossen und soll für 15 Jahre gelten. Dem ist aber zu entgegen, dass die Maßnahmen, die im Klimawandel-Aktionsplan angeführt sind, schon in den nächsten Jahren umzusetzen sind. Daher sollten wir besser schon gestern als heute mit der Prüfung unserer Planungsinstrumente auf ihre „Klimafitness“ hin begonnen haben.

Darüber hinaus haben wir uns im 4.0 Stadtentwicklungskonzept (§ 33 Periodische Evaluierung) selbst den Auftrag erteilt, das 4.0 STEK „spätestens nach Ablauf von 5 Jahren nach Inkrafttreten zu evaluieren und erforderlichenfalls anzupassen. Dieser Selbstverpflichtung, die über den gesetzlichen Auftrag des Landes Steiermark hinausgeht, hätten wir bereits seit einem guten Jahr nachkommen müssen.

Schlussendlich ist auch das gelebte – und von vielen Grazerinnen und Grazern erlebte - Weiterbauen an unserer Stadt in vielen Fällen kein Nachweis für Klimaschutz und Verbesserung des Stadtklimas. Wir sind noch immer mit Bauprojekten und Bebauungsplänen konfrontiert, die den Baumbestand zu wenig schützen oder die vorgeschriebene Nachpflanzungen in zu geringer Zahl ansetzen. Noch immer gibt es Stadtteile mit viel zu wenig Frei- und Grünflächen. Straßensanierungen werden zwar technisch tadellos ausgeführt, doch ohne neue Baumstandorte, Entsiegelungen oder kleinere verkehrsfreie Bereiche mitzudenken. Unser Straßenbahn-Netz wächst zwar langsam aber Rasengleise sind genauso selten vorgesehen, wie es kaum vom motorisierten Individualverkehr abgetrennte Bim-Trassen gibt.

Extensive Dachbegrünungen werden vorgeschrieben aber noch immer keine vertikalen Begrünungen. Die Erdüberschüttung von Tiefgaragen ist zwar State of the Art, bloß wächst zumeist darauf nix – außer Rasen. Neugepflanzte Bäume auf gewerblichen und privaten Parkplätzen sind im Wuchs oftmals derart mickrig, dass es zu keiner Schattenausbildung und schon gar nicht zu einem Kühleffekt im

versiegelten Umfeld kommt. Gegen die Zunahme von Hitzetagen, Tropennächten und der Ausbildung urbaner Hitzeinseln im Wohnbereich und im öffentlichen Bereich tun wir also noch bei weitem nicht genug. Wer das zur Gänze abstreitet, hat den Klimawandel-Aktionsplan entweder nicht gelesen oder das Gelesene mittlerweile zum Teil vergessen.

Nun, da sich ganz offensichtlich der gesamte Gemeinderat und alle Mitglieder unserer Stadtregierung zur hohen Priorität der Klimaschutz-Ziele bekennen, ist es ein wichtiger, ein notwendiger und am Schluss auch ein logischer Schritt, über die Optimierung unserer Raumordnungsinstrumente die gesetzten Ziele zu erreichen.

In diesem Sinne stelle ich namens der Grazer Grünen – ALG folgenden

Dringlichen Antrag

1. Stadtplanungsreferent Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl wird ersucht, das Stadtplanungsamt und die Stadtbaudirektion, die bekanntlich mit der Koordination und mit der Umsetzung des Aktionsplan 2022 - Klimawandelanpassung in Graz betraut sind, zu beauftragen, die Prüfung einer Revision des 4.0 Stadtentwicklungskonzept einzuleiten.
2. Über die Zwischenergebnisse dieser Prüfung sowie die weiteren Schritte hin zu einer Zwischen-Revision und öffentlichen Auflage des 4.0 Stadtentwicklungskonzept ist dem Ausschuss für Stadt- und Grünraumplanung bis zu seiner Sitzung im März 2020 ein schriftlicher Informationsbericht vorzulegen.



Dringlicher Antrag der Grünen-ALG

eingbracht in der Gemeinderatssitzung vom 17. Oktober 2019

von

GRⁱⁿ Tamara Ussner

Betrifft: Fahrradoffensive für Graz

Wir stecken mitten in der Klimakrise. Um die schlimmsten Auswirkungen noch abwenden zu können, müssen wir neben unserem Energiesystem und der Landwirtschaft auch unser Mobilitätsverhalten grundlegend verändern. Expert*innen aus allen Bereichen der Klima- und Mobilitätsforschung bestätigen, dass die Priorisierung von Radmobilität eine der dringend notwendigen Lösungen ist.

Vor genau zwei Wochen brach das Grazer Verkehrsnetz völlig zusammen. Zur gleichen Zeit fand in unserer Stadt die internationale CIVITAS Konferenz zur urbanen Mobilität statt. Die hochkarätig besetzte Konferenz stand unter dem Motto „Back to the future“. Die Aussagen der Vortragenden waren klar und eindeutig: „Die Probleme urbaner Mobilität sind seit Jahrzehnten die gleichen, aber auch die Lösungen und notwendigen Maßnahmen liegen fast genauso lange auf der Hand. Es scheitert jedoch an der konsequenten Umsetzung. Anzusetzen gilt es beim Mobilitätsverhalten der Menschen und damit bei der Umgestaltung des öffentlichen Raumes und der Infrastruktur.

Die bereit gestellte Infrastruktur wirkt sich maßgeblich auf das Mobilitätsverhalten der Menschen aus. Wenn der öffentliche Verkehr gut ausgebaut, leistbar und pünktlich ist, steigen mehr Menschen vom Auto um. Dazu braucht es eine entsprechende Linienführung, eine dichte Taktung und eigene Trassen und Busspuren.

Dasselbe gilt aber auch für den Radverkehr, insbesondere in mittelgroßen Städten wie Graz, die für den Radverkehr ideal sind. Wenn die Infrastruktur für das Radfahren entsprechend ausgebaut ist, dann ist auch die Bereitschaft zum Umstieg vom Auto aufs Fahrrad viel höher. Notwendig dafür ist eine wirklich hochwertige Radinfrastruktur mit Radhighways und Fahrradstraßen sowie

Lückenschlüsse, um durchgängige Routen zu gewährleisten. Wir brauchen gute Anbindungen von den Außenbezirken in die Innenstadt und auch entsprechende Verbindungen zwischen den Außenbezirken.

In Graz wird inzwischen jeder fünfte Weg mit dem Rad zurückgelegt und es geht, wie uns internationale Beispiele zeigen, noch deutlich mehr. Dafür muss es aber in der Verkehrspolitik und beim Ausbau der Infrastruktur zu einer klaren Priorisierung des Radverkehrs kommen. Die Forcierung des Radverkehrs ist nicht nur aus Kostengründen sinnvoll, sie ist auch eine der wichtigsten Maßnahmen, um die Luftqualität in unserer Stadt nachhaltig zu verbessern.

Im Sinne des obigen Motivenberichtes stelle ich namens der Fraktion der Grünen – ALG folgenden

Dringlichen Antrag

1. Der Gemeinderat bekennt sich beim Infrastrukturausbau des Straßennetzes zu einer klaren Priorisierung des Radverkehrs.
2. Der Gemeinderat bekennt sich zur Zielsetzung, jährlich 3 Fahrradstraßen zu realisieren.
3. Die Verkehrsplanung wird beauftragt zu prüfen, ob in der Zinzendorfgasse und in der Prankergasse die testweise Umsetzung einer Fahrradstraße möglich ist.
4. Die Verkehrsplanung wird beauftragt, ein Arbeitsprogramm für die Verbesserung der Radinfrastruktur zu erarbeiten. Hierbei sollen insbesondere die geplanten Schritte inklusive der zeitlichen Planung zur Einrichtung von Radhighways aus den Außenbezirken in die Innenstadt, zur Einrichtung von Fahrradstraßen sowie zu flächendeckenden Lückenschlüssen im Radwegenetz und zur Bevorrangung in Kreuzungssituationen dargelegt werden. Das Arbeitsprogramm ist dem Verkehrsausschuss bis Februar 2020 vorzulegen.

Betreff: Verbot von A-Werbeständern
an Wahltagen vor Wahllokalen



A-8010 Graz-Rathaus
Telefon: (0316) 872-2120
Fax: (0316) 872-2129
email: spoe.klub@stadt.graz.at
www.graz.spoe.at
DVR: 0828157

DRINGLICHER ANTRAG

eingebraucht von Herr Gemeinderat Michael Ehmann
in der Sitzung des Gemeinderates
vom 17. Oktober 2019

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen!

Die vor vielen Grazer Wahllokalen aufgestellten A-Werbeständer der wahlwerbenden Parteien am Wahltag sorgen bei WählerInnen zunehmend für Verärgerung, wie erst zuletzt in Zusammenhang mit der Nationalratswahl festgestellt werden musste. Nicht nur, dass es eine Frage der Optik ist, wenn unmittelbar vor dem Eingang von Wahllokalen Wahlständer um Wahlständer steht – teilweise wird damit sogar der barrierefreie Zugang zu Wahllokalen beeinträchtigt. Und es kann auch nicht sein, dass etwa Eltern, die mit dem Kinderwagen unterwegs sind und ihr Wahlrecht in Anspruch nehmen wollen, sich zu einem regelrechten Slalom zwischen A-Ständern gezwungen sehen.

Dass Wahlwerbung wichtig ist, steht außer Streit; und selbstverständlich sollten alle wahlwerbenden Parteien Gelegenheit haben, ihre Positionen und ihre KandidatInnen zu präsentieren – aber dafür gibt es Möglichkeiten genug: über Plakatflächen, über genehmigte Dreieckständer etc. Das Aufstellen von A-Ständern vor Wahllokalen, im Übrigen in sehr vielen Städten und Gemeinden absolut unüblich, ist sicher nicht notwendig.

Namens des SPÖ-Gemeinderatsklubs stelle ich daher den

dringlichen Antrag:

Die zuständigen Abteilungen im Haus Graz werden im Sinne des Motivenberichtes beauftragt, die Möglichkeiten der Umsetzung eines Verbotes für die Aufstellung von A-Ständern durch wahlwerbende Parteien an Wahltagen vor Wahllokalen zu prüfen. Dem Gemeinderat ist in der Novembersitzung dieses Jahres ein entsprechender Bericht vorzulegen.



Dringlicher Antrag

an den Gemeinderat in der Sitzung vom 17. Oktober 2019
eingebracht von **Nikolaus Swatek**

Betrifft: Smart-Parking - Reduzierung des Parkplatz-Suchverkehrs

Das unablässige Verkehrsaufkommen, Staus, Verzögerungen und der dadurch entstehende Feinstaub und Lärm sind den Grazerinnen und Grazern seit Jahren ein Dorn im Auge. Besonders in der Grazer Innenstadt kommt es zu einem besonders ärgerlichen Verkehrsphänomen, das man täglich beobachten kann: Das ewige im Kreis fahren um endlich einen freien Parkplatz für sein Fahrzeug zu finden. Die Parkplatzsuche kostet zum einen dem Fahrzeuglenker starke Nerven und viel Geduld und zum anderen sorgt sie für weitere unnötige Emissionen, Lärm und verstopfte Straßen. Eine Umwelt- und Bürgerbelastung die heutzutage nicht mehr sein muss. Denn mit Hilfe von "Smart Parking" ist es dank bürgerfreundlicher Digitalisierung möglich den innerstädtischen Individualverkehr effizienter zu gestalten und somit den Parkplatz-Suchverkehrs deutlich zu reduzieren.

Beim intelligenten Parken werden Parkplätze mit Sensoren ausgerüstet, um so den Belegzustand des Parkplatzes zu ermitteln. Mittels Handy-App können Bürgerinnen und Bürger sich schon vor der Abfahrt, von zu Hause aus, über die Verkehrs- und Parkplatzsituation in der Stadt informieren. Statt in einer vollen Stadt endlose Kreise zu ziehen und seine Zeit zu verschwenden, kann man sich von zu Hause aus, bereits für eine schnellere Anreise mit dem öffentlichen Verkehr entscheiden. Dank einem intelligenten Parksysteem, kann so das Verkehrsaufkommen bereits vor dem Aufkommen verringert werden und so die Umwelt und Lärmbelastung für die Grazer Innenstadt reduziert werden.

Viele europäische Städte, wie Cardiff, Berlin oder Hamburg setzten bereits auf ein intelligentes Parkplatz-Managementsystem um so den städtischen Individualverkehr zu reduzieren. Eine umweltfreundliche und innovative Lösung die auch in Graz in Angriff genommen werden sollte.

Im Sinne einer umweltschonenden, bürgerfreundlichen und innovativen Stadt stelle ich gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates den

dringlichen Antrag,

dass die zuständigen Stellen der Stadt Graz ersucht werden, die Implementierung einer Smart-Parking Lösung in Graz zu prüfen, um so den ineffizienten und umweltschädlichen Parkplatz-Suchverkehr entschlossen entgegen zu wirken.